

Dr. Stefan Ruppert

(A)

Vizepräsident Dr. h. c. Wolfgang Thierse:

Ich rufe den Tagesordnungspunkt 8 auf:

- Beratung der Beschlussempfehlung und des Berichts des Auswärtigen Ausschusses (3. Ausschuss) zu dem Antrag der Bundesregierung

Fortsetzung der Beteiligung bewaffneter deutscher Streitkräfte an der EU-geführten Operation Atalanta zur Bekämpfung der Piraterie vor der Küste Somalias auf Grundlage des Seerechtsübereinkommens der Vereinten Nationen von 1982 und der Resolutionen 1814 (2008) vom 15. Mai 2008, 1816 (2008) vom 2. Juni 2008, 1838 (2008) vom 7. Oktober 2008, 1846 (2008) vom 2. Dezember 2008, 1897 (2009) vom 30. November 2009, 1950 (2010) vom 23. November 2010 und nachfolgender Resolutionen des Sicherheitsrates der Vereinten Nationen in Verbindung mit der Gemeinsamen Aktion 2008/851/GASP des Rates der Europäischen Union vom 10. November 2008, dem Beschluss 2009/907/GASP des Rates der Europäischen Union vom 8. Dezember 2009, dem Beschluss 2010/437/GASP des Rates der Europäischen Union vom 30. Juli 2010 und dem Beschluss 2010/766/GASP des Rates der Europäischen Union vom 7. Dezember 2010

– Drucksachen 17/7742, 17/7996 –

Berichterstattung:
Abgeordnete Philipp Mißfelder
Dr. Rolf Mützenich
Dr. Rainer Stinner
Wolfgang Gehrcke
Kerstin Müller (Köln)

- Bericht des Haushaltsausschusses (8. Ausschuss) gemäß § 96 der Geschäftsordnung

– Drucksache 17/8004 –

Berichterstattung:
Abgeordnete Herbert Frankenhauser
Klaus Brandner
Dr. h. c. Jürgen Koppelin
Michael Leutert
Sven-Christian Kindler

Über die Beschlussempfehlung werden wir später namentlich abstimmen. Zudem liegt ein Entschließungsantrag der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen vor. (C)

Nach einer interfraktionellen Vereinbarung ist für die Aussprache eine halbe Stunde vorgesehen. – Ich höre dazu keinen Widerspruch. Dann ist das so beschlossen.

Ich eröffne die Aussprache und erteile Kollegen Joachim Spatz für die FDP-Fraktion das Wort.

(Beifall bei der FDP sowie bei Abgeordneten der CDU/CSU)

Joachim Spatz (FDP):

Herr Präsident! Meine lieben Kolleginnen und Kollegen! Auf der Grundlage der einschlägigen Beschlüsse des UN-Sicherheitsrates empfiehlt die Bundesregierung die weitere Teilnahme an der gemeinsamen EU-geführten Mission Atalanta zur Gewährung der Sicherheit auf den Seewegen am Horn von Afrika. Dabei ist festzustellen, dass dieses Mandat bisher erfolgreich ist. Seit seinem Bestehen wurden circa 100 Schiffstransporte im Auftrag des Welternährungsprogramms durchgeführt und circa 700 000 Tonnen Nahrungsmittel zuzüglich anderer Versorgungsgüter erfolgreich nach Somalia gebracht. Genauso ist festzustellen, dass es im letzten Jahr weniger erfolgreiche Kaperungen durch Piraten gab. Das heißt, erstmals war die Zahl der erfolgreichen Übergriffe auf zivile Schiffe rückgängig. Ich denke, das spricht dafür, dass dieses Mandat verlängert werden sollte.

Auch die deutsche Hilfe bei der Ausbildung somalischer Truppen in Uganda sollte fortgesetzt werden; denn eines ist klar: Wir betreiben durch die Sicherung der Seewege nur Symptombekämpfung. Das heißt, parallel zu dem Mandat muss die Übergangsregierung in Somalia weiterhin politisch unterstützt werden. Uns wird immer wieder vorgeworfen – Herr van Aken, ich weiß, Sie werden es wieder tun –, dass wir eine Regierung unterstützen, die nicht vollständig von der Bevölkerung getragen wird. Das ist uns wohl bewusst. Aber diese Regierung – eine Übergangsregierung in einem völlig zerrütteten Staatswesen – wird von der Afrikanischen Union und der zuständigen Regionalorganisation für Ostafrika unterstützt. Letztendlich ist sie die einzige Hoffnung darauf, dass man dort irgendwann zu geordneten staatlichen Strukturen zurückkehrt. Auf jeden Fall trauen wir der Afrikanischen Union und ihrer Regionalorganisation eher zu, das zu beurteilen, als Ihnen. (D)

Wir verfolgen insofern einen Ansatz mit zwei Zielen: Wir sichern durch den Einsatz unserer Schiffe, soweit möglich, die Seewege und somit die humanitäre Versorgung der Menschen im Land; dies ist in der letzten Zeit wichtiger und nicht unwichtiger geworden. Gleichzeitig unterstützen wir einen politischen Prozess, der irgendwann hoffentlich zum Wiederaufbau geordneter staatlicher Strukturen führt. Deshalb kommen wir zu dem Schluss, dass dieser Einsatz aus humanitären und aus politischen Gründen weiterhin geboten ist und dass das Mandat verlängert werden muss.

Danke schön.

Joachim Spatz

(A) (Beifall bei der FDP und der CDU/CSU)

Vizepräsident Dr. h. c. Wolfgang Thierse:

Das Wort hat nun Karin Evers-Meyer für die SPD-Fraktion.

(Beifall bei der SPD)

Karin Evers-Meyer (SPD):

Herr Präsident! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Auch im dritten Jahr der Mission Atalanta bleibt die Seefahrt vor Somalia gefährlich. Über 90 Prozent aller Piratenübergriffe weltweit konzentrieren sich auf diese Region. Im vergangenen Jahr gab es allein vor der somalischen Küste fast 50 Schiffsentführungen. Über 1 000 Seeleute wurden zu Geiseln der Piraten, und es ist nicht anzunehmen, dass es 2011 besser sein wird. Das heißt für uns: Atalanta bleibt eine notwendige Mission. Atalanta bleibt ein wichtiger Bestandteil des Maßnahmenpakets, das notwendig ist, um das Sicherheitsproblem vor der somalischen Küste zu lösen.

Sicherheit vor der Küste Afrikas zu schaffen, ist *ein* zentraler Beitrag, um die dringend notwendige humanitäre Hilfe für Somalia zu gewährleisten. Es geht darum, die Lieferungen von Hilfsgütern des Welternährungsprogramms nach Somalia sicherzustellen. Wie uns die Hungerkatastrophe in diesem Jahr beweist, ist die Bevölkerung von Somalia dringend darauf angewiesen, und es ist in unserem Interesse, dass wir Hunger und Not vor Ort lindern. Denn Hunger und Not sind die bitteren Nachschubgaranten für die kriminellen Banden, die vor der somalischen Küste ihr Unwesen treiben.

(B)

Über 4 Millionen Menschen in Somalia sind abhängig von Hilfen der internationalen Gemeinschaft. Diese Hilfe läuft eben vor allem über See. Daher bleibt es richtig, die Hilfstransporte nach Somalia auf dem Seeweg abzusichern. Seit es den Geleitschutz für die Hilfsgüter nach Somalia gibt, wurde kein Schiff mehr von Piraten überfallen. Über 700 000 Tonnen Nahrungsmittel konnten so im letzten Jahr ihr Ziel erreichen. Das ist ein echter Erfolg, über den wir eigentlich viel zu wenig sprechen, wenn wir über den Sinn von Atalanta reden.

(Beifall bei der SPD sowie bei Abgeordneten der CDU/CSU, der FDP und des BÜNDNISSES 90/DIE GRÜNEN)

Das humanitäre Interesse an dieser Mission steht zu Recht im Vordergrund. Es gibt für unser Land aber auch ein wirtschaftliches Interesse. Deutschland ist, wie wir alle wissen, ein äußerst erfolgreiches Exportland. Das soll ja auch so bleiben. Gerade deswegen brauchen wir nicht nur gute Produkte; wir sind auch auf sichere Handelswege angewiesen. Diese Handelswege sind eben im Falle Deutschlands zu über 90 Prozent Seewege. Die Route durch den Suezkanal und den Golf von Aden ist einer dieser wichtigen Handelswege. Als Exportnation haben wir ein fundamentales Interesse daran, dass dieser Weg sicher bleibt. Daher muss eines ganz klar sein: Wir werden uns sehr konsequent für die Sicherheit unserer Handelswege nicht nur mit militärischen Mitteln, aber

eben im Ernstfall auch mit militärischen Mitteln einsetzen. (C)

(Beifall bei Abgeordneten der CDU/CSU und der FDP)

Die Mission Atalanta sorgt also seit 2008 dafür, dass wir am Golf von Aden inzwischen eine weitgehend stabile Situation haben. Ein Teil der Angriffe hat sich aber vor die Ostküste Somalias verlagert. Das macht noch einmal klar, dass der Kampf gegen die Piraterie vor Somalia noch nicht vorbei ist. Für die Stabilität und Sicherheit der Seewege und natürlich auch für die Sicherheit derer, die diese Wege befahren, brauchen wir weiterhin die Unterstützung durch die Marine. Atalanta wird weiter benötigt. Deshalb wird meine Fraktion dem Mandat zustimmen.

Wir wollen aber natürlich auch die Defizite der deutschen Politik in diesem Bereich deutlich benennen. So fehlt bis heute ein stringentes Konzept der Bundesregierung, wie sie denn gemeinsam mit unseren Partnernationen die Piraterie vor Somalia nachhaltig bekämpfen will. Ich habe es schon gesagt: Die Ursachen für die Piraterie liegen an Land. Wir werden die Mission Atalanta erst beenden können, wenn die Ursachen für die Piraterie beseitigt sind.

(Beifall bei der SPD)

Jeder, der sich die Bilder der kleinen Piratenboote ansieht, von denen aus auf hoher See die Handelsschiffe angegriffen werden, bekommt eine Vorstellung davon, welches Elend und welche Armut an Land herrschen müssen, um die Piraten zu solchen waghalsigen Angriffen zu treiben. Im Mandatstext führen Sie zwar einige Maßnahmen auf, die dabei helfen sollen, die Ursachen der Piraterie zu bekämpfen – diese Schritte sind richtig –; aber das sind viel zu kleine Schritte, und sie sind zu zögerlich. (D)

Mir ist natürlich klar, dass es unglaublich schwierig ist, in diesem zerrütteten Land so etwas wie staatliche Strukturen aufzubauen und zu fördern. Genauso schwierig ist es sicherlich, dort eine vernünftige wirtschaftliche Entwicklung in Gang zu bringen. Aber dass es schwierig ist, kann doch nicht bedeuten, dass wir so gut wie gar nichts vor Ort unternehmen. Es wäre aus meiner Sicht an der Zeit, dass wir die Unterstützung für ein Land wie Somalia gemeinsam mit unseren internationalen Partnern organisieren. Wir Deutschen sind nicht die Einzigen, die ein Interesse an stabilen Verhältnissen dort haben. Dazu findet sich im Mandatstext aber so gut wie nichts. Ich will von Ihnen wissen, welche Schritte die Bundesregierung hier unternehmen will und – vor allem – ob sie dabei auf unsere internationalen Partner zugehen will.

Ein ganz wichtiges Thema ist die Strafverfolgung. Wie wollen wir das regeln? Wir können dieses Thema ja nicht irgendwelchen exotischen Inseln überlassen. Die Boote der Piraten zu zerstören, ist auch nicht der Weisheit letzter Schluss. Also: Die Pirateriebekämpfung ist Stückwerk. Neben Atalanta gibt es Missionen der USA, der NATO, Russlands und Indiens. Außerdem haben China, einige arabische Staaten und Japan Schiffe vor die somalische Küste entsandt. Das zeigt, wie viele Län-

Karin Evers-Meyer

- (A) der diese Bedrohung ernst nehmen. Aber es wäre besser und sehr wahrscheinlich auch effektiver, wenn man diese Einsätze bündeln würde; es liegt ja auch ein entsprechender Beschluss des UN-Sicherheitsrates vor. Deswegen regen wir an, eine gemeinsame UN-Mission zur Bekämpfung der Piraterie vor Somalia einzurichten. Das wäre dann auch die Chance, die Bekämpfung der Piraterie an Land auf eine breitere Grundlage zu stellen.

Es ist höchste Zeit, dass sich die Bundesregierung mit mehr Engagement als bisher daranmacht, die Ursachen gemeinsam zu bekämpfen. Denn wenn wir die Zustände in Somalia nicht in den Griff bekommen, werden wir auch die Situation vor Somalia nicht in den Griff bekommen. Ein Dauermandat für unsere Marine vor der somalischen Küste kann nicht unser Ziel sein. Ein solches Mandat wird es mit uns auch nicht geben.

Meine sehr geehrten Damen und Herren, ich möchte daran erinnern, dass bis zu 1 400 deutsche Soldatinnen und Soldaten bis 2012 im Rahmen von Atalanta eingesetzt sein werden. Damit ist diese Mission, anders als etwa UNIFIL, personell gut ausgestattet. Im Namen meiner Fraktion danke ich von hier aus allen Soldatinnen und Soldaten, die bei Atalanta eingesetzt sind, für ihren Einsatz. Die Fregatte Köln hat das Einsatzgebiet vor genau einer Woche verlassen und befindet sich auf Heimatkurs in Richtung Wilhelmshaven. Ich denke, es ist im Sinne des ganzen Hauses, den Soldatinnen und Soldaten der Fregatte Köln von hier aus eine gute Heimkehr zu wünschen und ihnen stellvertretend für alle anderen, die an diesem Einsatz beteiligt sind, für ihr Engagement zu danken.

- (B) (Beifall bei der SPD, der CDU/CSU, der FDP und dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Es ist eine besondere Herausforderung, unter diesen schwierigen klimatischen Bedingungen Tausende Kilometer von Deutschland entfernt Dienst zu tun, einen Dienst, der große Aufmerksamkeit erfordert und die Fähigkeit, innerhalb weniger Minuten die richtige Entscheidung zu treffen. Die deutschen Einheiten haben das bisher gut hinbekommen und bei Atalanta wirklich gute Arbeit geleistet. Das wird allseits anerkannt. Ich bin mir sicher, dass das auch in Zukunft so bleibt.

Vielen Dank.

(Beifall bei der SPD)

Vizepräsident Dr. h. c. Wolfgang Thierse:

Das Wort hat nun Florian Hahn für die CDU/CSU-Fraktion.

(Beifall bei der CDU/CSU und der FDP)

Florian Hahn (CDU/CSU):

Sehr geehrter Herr Präsident! Kolleginnen und Kollegen! Piraterie ist ein Verbrechen und wird international geächtet. Sie muss global verfolgt werden; denn sie fügt auch der internationalen Gemeinschaft erheblichen Schaden zu. Die Piraterie am Horn von Afrika ist nichts anderes als organisierte Kriminalität. Sie richtet sich nicht nur gegen Waren, sondern auch gegen Menschen.

Hier kämpfen nicht nur ein paar arme Fischer darum, ihre Familien ernähren zu können. Nein, wer mit Granatwerfern oder AK-47 bewaffnet und unter Einsatz modernster Kommunikationsmittel wie Satellitentelefonen und GPS-Systemen große Schiffe kapert, der ist weit weg von unserer romantischen Vorstellung von einem Robin Hood der Meere. (C)

Die Akteure machen sich die Lage in Somalia, einem Land, das über keine funktionierenden staatlichen Strukturen verfügt, zunutze, um von dort aus der internationalen Gemeinschaft zu schaden. Sie schaden dabei nicht nur uns, sondern insbesondere auch dem somalischen Volk. Daher hat die somalische Übergangsregierung vor drei Jahren den UN-Sicherheitsrat gebeten, Hilfe zu leisten. Mit unserem Einsatz schützen wir die Hilfsschiffe des World Food Programme und helfen so dem somalischen Volk im Kampf gegen den Hunger.

Außerdem bedrohen Piraten Schiffe deutscher Reedereien und das Leben deutscher Seeleute. Im Oktober 2010 wurden zwei Schiffe mit deutschen Besatzungen gekapert. Die Beluga Fortune ist bereits am nächsten Tag freigekommen; dies war vor allem aufgrund des umsichtigen Handelns der Besatzung und des Eingreifens englischer Marineeinheiten möglich. Der 68-jährige deutsche Kapitän des Tankers York und seine Besatzung waren aber über Monate, bis zum März 2011, in den Händen der Piraten.

Die Erfolgsquote der Piraten ist in den vergangenen Jahren zum Glück deutlich gesunken. Dennoch erreichte die Zahl der Piratenüberfälle nach Angaben des Internationalen Schifffahrtsbüros in diesem Jahr – alleine bis September waren es 352 – einen neuen Höchststand. (D)

Wir müssen in Somalia weiter den internationalen Seeverkehr und die Bemühungen des Welternährungsprogramms schützen, und wir dürfen im gleichen Bekenntnis auch unseren Anspruch verankern: Freie Seehandelswege sind im Interesse unseres Landes. Denn wenn unsere Unternehmer in der maritimen Wirtschaft Arbeitsplätze schaffen sollen, dann brauchen sie sichere Seehandelswege – und das weltweit. 20 Prozent des deutschen Außenhandels erfolgten 2008 allein auf dem Seeweg. Unternehmer in der maritimen Wirtschaft geben knapp einer halben Million Menschen in Deutschland Arbeit. Diese 500 000 Menschen sind von freien Handelswegen mit abhängig.

Die Piraten schaden Deutschland und seiner Wirtschaft. Sie bedrohen – und das ist das Schlimmste – tagtäglich Menschenleben. Ralf Nagel, der Hauptgeschäftsführer des Verbandes Deutscher Reeder, sagte:

Die Piraterie im Indischen Ozean und im Golf von Aden ... stellt eine tägliche Lebensbedrohung für unsere Seeleute dar.

Wir nehmen die Sorgen der Reeder und ihrer Seeleute ernst. Die Bekämpfung der Piraterie auf See geht einher mit der Bemühung um den Staatsaufbau an Land. Bis heute hat die EU mehr als 760 Millionen Euro investiert, um die Not zu lindern. In den Schlussfolgerungen des Rates hat die EU am 14. November dieses Jahres eine

Florian Hahn

- (A) Strategie für das Horn von Afrika verabschiedet. Sie hat damit klargemacht, dass wir das Ziel von Frieden, Sicherheit und guter Regierungsführung nicht aus den Augen verlieren werden.

In der gestrigen Sitzung des Rats für Außenbeziehungen in Brüssel wurde noch einmal über die derzeitige Situation beraten. Ich begrüße es, dass die Bundesregierung eine Erweiterung des Mandats bis an die Strände Somalias prüfen wird. Sofern diese Prüfungen positiv ausfallen, müssten wir das Mandat im Frühjahr nächsten Jahres gegebenenfalls anpassen.

An dieser Stelle möchte ich den 558 Frauen und Männern der Bundeswehr, die derzeit ihren Dienst am Horn von Afrika leisten, meine Anerkennung und meinen Dank aussprechen und weiterhin Gottes Segen wünschen.

(Beifall bei der CDU/CSU sowie bei Abgeordneten der FDP)

Insbesondere möchte ich hierbei die Fregatte Bayern erwähnen, in deren Freundeskreis ich Mitglied bin. Mit großem Interesse verfolge ich die Berichte von Bord, die alle paar Wochen zu uns kommen. Es freut mich, zu hören, dass wir hier eine ausgezeichnete Crew und eine gute Führungsriege an Bord haben, die mit viel Elan und Einsatz die tagtäglichen Herausforderungen in ausgezeichneter Weise meistern. In wenigen Tagen wird die Bayern heimkehren – nicht an den Tegernsee, das ist klar, aber nach Hause.

- (B) (Burkhardt Müller-Sönksen [FDP]: Bayern ist in Deutschland zu Hause! – Michael Groschek [SPD]: Dahin kehrt jemand anderes zurück!)

Meine Damen und Herren, unser Kompass ist klar: Es gilt, zu helfen, wo die Werte des Völkerrechts bedroht sind. Wir stimmen für die Verlängerung des Atalanta-Mandats.

(Beifall bei der CDU/CSU und der FDP)

Vizepräsident Dr. h. c. Wolfgang Thierse:

Das Wort hat nun Jan van Aken für die Fraktion Die Linke.

(Beifall bei der LINKEN)

Jan van Aken (DIE LINKE):

Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Sie wollen heute zum dritten Mal die Beteiligung am Militäreinsatz Atalanta verlängern.

(Beifall bei Abgeordneten der CDU/CSU und der FDP)

Ich frage mich die ganze Zeit: Warum eigentlich?

Die Menschen in Somalia leben immer noch in bitterster Not, sie leiden unter Armut und einem Bürgerkrieg, der die Entwicklung in dem Land seit Jahren behindert. In den letzten Jahren, seit es Atalanta gibt, hat sich die Situation immer weiter verschlechtert. Jetzt kommt auch noch diese Dürrekatastrophe dazu: 4 Mil-

lionen Menschen sind in Somalia im Moment vom Hungertod bedroht. (C)

Jetzt werden Sie sagen: Sehen Sie, genau dafür brauchen wir Atalanta. – Genau damit liegen Sie komplett falsch.

(Beifall bei der LINKEN)

Atalanta ist kein humanitäres Hilfsprojekt, und Atalanta ist auch keine politische Strategie. Atalanta ist doch einfach nur eine rein militärische Bekämpfung von Symptomen. Mit Kriegsschiffen können Sie die Armut nicht bekämpfen, mit Kriegsschiffen können Sie auch keinen Bürgerkrieg bekämpfen, und mit Kriegsschiffen können Sie auch das Problem der organisierten Kriminalität nicht lösen, die hinter der Piraterie steckt.

(Beifall bei der LINKEN – Joachim Spatz [FDP]: Das behauptet auch keiner!)

Das Problem der Piraterie – das sagen Sie alle – lässt sich nur an Land bekämpfen, nur mit einer politischen Strategie. Hier würde mich doch wirklich einmal interessieren: Was haben Sie in den letzten drei Jahren für eine politische Lösung getan? Was haben Sie getan, um den Bürgerkrieg zu deeskalieren? Was haben Sie getan, um endlich eine Waffenruhe und Verhandlungen zu ermöglichen? Was haben Sie getan, um die Einmischung der Nachbarstaaten zu beenden? Und was haben Sie getan, um endlich eine lokale wirtschaftliche Entwicklung zu fördern? Nichts, nichts und wieder nichts.

Gestern im Ausschuss habe ich Herrn Westerwelle genau das gefragt: Was haben Sie konkret getan, außer Kriegsschiffe zu schicken? Wissen Sie, was er geantwortet hat? Er hat geantwortet: Ich kann Ihnen gerne unser Konzept für Somalia vorstellen. – Konzepte kann er schreiben, wenn er in der Opposition ist, aber als Außenminister muss er doch handeln. (D)

(Beifall bei der LINKEN)

Einfach nur Kriegsschiffe schicken und nicht eine einzige Sache für die Menschen in Somalia zu tun, finde ich unverantwortlich.

Sie haben bis heute einfach keine politische Strategie.

(Zurufe von der FDP: Machen Sie mal einen Vorschlag! – Wie ist denn Ihr Vorschlag?)

Ihre Fixierung auf das rein Militärische kann nichts zu dem dringend notwendigen Friedensprozess beitragen. Im Gegenteil: Sie unterstützen völlig einseitig eine Partei im Bürgerkrieg. Sie bilden deren Soldaten noch aus, und dann wundern Sie sich, dass die Gewalt immer weiter eskaliert. Das ist genau der falsche Weg.

(Beifall bei der LINKEN)

Vizepräsident Dr. h. c. Wolfgang Thierse:

Herr Kollege, gestatten Sie eine Zwischenfrage aus den Reihen der FDP?

Jan van Aken (DIE LINKE):

Gern.

(A) **Torsten Staffeldt** (FDP):

Herr van Aken, Sie behaupten, dass für das humanitäre Engagement in Somalia nichts getan wird. Sind Sie in der Lage, nachzuvollziehen, dass das Atalanta-Mandat unter anderem die wesentliche Aufgabe hat, die Nahrungsmitteltransporte nach Somalia zu beschützen, um so zu helfen, dass die Menschen dort nicht verhungern?

(Beifall bei der FDP)

Jan van Aken (DIE LINKE):

Das ist das, was Sie jetzt sagen. Wo, bitte sehr, treiben sich die manchmal bis zu 46 Kriegsschiffe denn herum? Begleiten diese 46 Kriegsschiffe ausschließlich die Schiffe des World Food Programme? Das ist eben nicht der Fall. Das wissen Sie genauso gut wie ich. Sie suchen hier händeringend nach einer Entschuldigung, nach einem Grund, nach irgendeiner guten Nachricht, weil Sie genau wissen, dass Sie nichts für eine politische Lösung im Land tun. Herr Westerwelle stellt sich immer hin und sagt: „Es kann nur im Land gelöst werden“, tut aber nichts. Dann finden Sie etwas und ignorieren, dass die meisten dieser Kriegsschiffe in dem ganzen großen Gebiet eingesetzt werden – fernab von den Hilfsschiffen des World Food Programme. Deswegen ist es eine völlig scheinheilige Argumentation von Ihrer Seite.

(Beifall bei der LINKEN)

Wir sind deshalb der Meinung – damit Sie den Konflikt nicht weiter eskalieren –, dass Sie die Ausbildung somalischer Soldaten einstellen und endlich damit aufhören sollten, die wahnsinnig großen Herausforderungen in dieser Region immer nur durch die militärische und polizeiliche Brille zu sehen.

(B)

Das gilt auch für den Militäreinsatz Atalanta. Vermeintliche Piratenschiffe werden nicht nur beschossen, sondern auch versenkt – ohne jeden Beweis. Der bloße Verdacht genügt. Herr Stinner von der FDP hat es gestern im Ausschuss noch bestritten. Herr Stinner, ich muss Ihnen sagen, Sie haben Ihre Hausaufgaben nicht gemacht. Jede Woche bekommen wir Meldungen von der Bundesregierung über die verschiedenen Militäreinsätze. Wenn Sie sich die genau durchlesen, stellen Sie fest, dass dort beispielsweise steht: Auftrag, die beiden Motorboote zu zerstören, oder: Motorboote durch Beschuss versenkt, usw. Die Bundesmarine hat haufenweise Boote versenkt. Sie sind der Einzige in Ihrer Fraktion, der überhaupt ein bisschen über dieses Mandat Bescheid wissen müsste. Wenn nicht einmal Sie wissen, was vor Ort passiert, wie können Sie dann guten Gewissens einem solchen Mandat zustimmen?

(Beifall bei der LINKEN – Zuruf von der FDP: Sie haben von Booten gesprochen, nicht von Schiffen!)

Machen Sie das nächste Mal bitte Ihre Hausaufgaben!

Die Piraterie bekämpfen Sie mit der Methode jedenfalls nicht. Sie sorgen doch einfach nur dafür, dass auf See immer weiter aufgerüstet wird. Deshalb lehnen wir diesen Antrag ab.

(Beifall bei der LINKEN)

(C)

Jetzt noch ein Wort zur aktuellen humanitären Situation in Somalia. Vor einigen Tagen hat die Miliz al-Schaabab verschiedene Hilfsorganisationen aus dem Gebiet, das sie kontrolliert, ausgewiesen. Das verurteilen wir ausdrücklich. Der humanitäre Zugang zur notleidenden Bevölkerung muss überall, in allen Gebieten, möglich sein. Es kann aber auch nicht sein, dass internationale Hilfe auf bestimmte kleine Gebiete beschränkt wird. Wir wissen zum Beispiel von den Amerikanern, dass sie Hilfe nur im Gebiet der Übergangsregierung zulassen, und all die hungernden Menschen in anderen Gebieten werden alleingelassen. Das geht genauso wenig. Wir sagen ferner, dass die kenianischen und äthiopischen Truppen das Land verlassen müssen; denn sie schneiden den Flüchtigen den Weg in die rettenden Flüchtlingslager ab. Da muss unbedingt etwas passieren.

(Beifall bei der LINKEN)

Im Übrigen bin ich der Meinung, dass Deutschland keine Waffen mehr exportieren sollte. Im letzten Jahr hat Deutschland beispielsweise zwei Drittel seiner Rüstungsexporte an Staaten der EU bzw. der NATO geliefert. Mit diesen Waffen führt die NATO jetzt Krieg, nicht nur in Afghanistan oder im Irak, sondern auch vor Somalia im Rahmen von Atalanta. Das lehnen wir ab.

Ich bedanke mich.

(Beifall bei der LINKEN)

Vizepräsident Dr. h. c. Wolfgang Thierse:

Das Wort hat nun Kerstin Müller für die Fraktion Bündnis 90/Die Grünen. (D)

Kerstin Müller (Köln) (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN):

Herr Präsident! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Es ist richtig: Seit der letzten Verlängerung des Mandats Atalanta hat sich die Lage am Horn von Afrika noch einmal dramatisch verschärft. Auch ich meine damit nicht die Piratenüberfälle, sondern die Hungerkatastrophe in der Region. Rund 4 Millionen Menschen hungern alleine in Somalia, 250 000 Menschen sind akut vom Hungertod bedroht, und 2,5 Millionen Menschen sind auf der Flucht. Der gescheiterte Staat Somalia kann diesen Menschen nicht helfen. Daher ist hier die internationale Gemeinschaft klar in der Pflicht.

Herr van Aken, dass man vor dem Hintergrund einer solchen Situation behauptet, man brauche die Atalanta-Mission nicht, finde ich wirklich absurd. Sie haben nichts, aber auch gar nichts dazu gesagt, wie Sie denn diese Menschen versorgen wollen. Es sind, wie gesagt, 4 Millionen. Diese Antwort sind Sie schuldig geblieben.

(Beifall beim BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN sowie bei Abgeordneten der CDU/CSU, der SPD und der FDP – Widerspruch des Abg. Jan van Aken [DIE LINKE])

Diese Menschen können nur von See her versorgt werden; das wurde auch von Ihnen nicht bestritten. Die Schiffe auf See werden aber von Piraten bedroht. Das heißt, ohne den sicheren Geleitschutz für die Schiffe des

Kerstin Müller (Köln)

- (A) Welternährungsprogrammes können wir die Menschen in Somalia nicht mit Nahrungsmitteln versorgen. Genau das leistet Atalanta. Deshalb ist es richtig, diesem Mandat zuzustimmen.

(Beifall beim BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN sowie bei Abgeordneten der CDU/CSU, der SPD und der FDP – Zuruf der Abg. Christine Buchholz [DIE LINKE])

– Rufen Sie hier nicht rein! Machen Sie einen Vorschlag. Sie haben keinen Vorschlag dazu gemacht, wie Sie diese 4 Millionen Menschen versorgen wollen, genauso wie beim letzten Mal. Sie sprechen von der Ursachenbekämpfung. Das ist richtig.

(Karin Binder [DIE LINKE]: Ja, genau!)

– Ja, das wollen wir alle. Aber wissen Sie was? Sie wissen genau, dass das nicht von heute auf morgen geht. Somalia ist seit mehr als 20 Jahren ein gescheiterter Staat.

(Karin Binder [DIE LINKE]: Warum denn?)

Es wird hier keine schnellen Lösungen geben. Auch das haben Sie verschwiegen. Das finde ich unverantwortlich; denn es ist nicht so einfach, eine friedliche Lösung für Somalia und das Horn von Afrika zu finden.

(Beifall beim BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN sowie bei Abgeordneten der CDU/CSU, der SPD und der FDP)

- (B) Wenn man all das macht, was Sie vorgeschlagen haben – es sei dahingestellt, ob das vernünftig ist –, stellt sich die Frage: Was passiert in der Zwischenzeit? Wollen Sie die Menschen verhungern lassen, bis diese Lösungsansätze greifen? Ich kann mir nicht vorstellen, dass das Ihr Ernst ist.

Wenn Sie sagen, dass nicht Atalanta oder andere multilaterale Organisationen dort tätig sein sollen: Was ist dann die Alternative? Die Alternative ist, dass die Blackwaters dieser Welt auf Container- und Getreideschiffen künftig für Sicherheit sorgen. Ich frage Sie: Wollen Sie das? Wir wollen das nicht, weil wir das für eine gefährliche Militarisierung der zivilen Schifffahrt halten. Genau das wollen wir nicht.

(Beifall beim BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN sowie bei Abgeordneten der SPD)

Auch das ist für uns ein Grund, diesem vernünftigen Mandat zuzustimmen.

Die Hungerkatastrophe wird noch dadurch verschärft, dass die al-Schabab-Milizen die humanitäre Hilfe politisch instrumentalisieren. Am Montag wurden 16 Büros wichtiger Hilfsorganisationen zur Versorgung der Hungernden durch die al-Schabab geplündert und geschlossen. Darunter sind UNICEF, WHO und die GIZ. Das zeigt noch einmal ganz klar, wie skrupellos bestimmte al-Schabab-Milizen ihren Krieg führen. Ich will hier sehr deutlich sagen: Wir verurteilen das auf das Schärfste. Das ist absolut zynisch! Das ist absolut inakzeptabel! Wir fordern, dass die Schließung der Büros dieser Hilfsorganisationen sofort wieder rückgängig gemacht wird.

- (C) (Beifall beim BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN sowie bei Abgeordneten der CDU/CSU, der SPD und der FDP)

Leider ist zu befürchten – das möchte ich hier ansprechen –, dass dies auch eine Reaktion auf die militärische Intervention Kenias ist. Ich finde es ziemlich befremdlich, meine Damen und Herren von der Bundesregierung, dass wir hierzu bis heute nichts Kritisches gehört haben. Nicht nur, dass dieser Schritt nicht mit der somalischen Übergangsregierung abgesprochen war – der Präsident der TFG hat protestiert –, sondern er ist auch sehr riskant für Somalia und das Horn von Afrika.

Wenn wir im Sinne echter Krisenprävention nicht rechtzeitig gegensteuern, können der zusätzliche Einmarsch äthiopischer Truppen, die Waffenlieferungen an al-Schabab aus Eritrea, also das Wiederaufflammen des ewigen Stellvertreterkrieges zwischen diesen beiden Ländern, zu einem Flächenbrand am gesamten Horn von Afrika führen. Das dürfen wir nicht zulassen. Diese militärische Intervention ist für die Lage der Flüchtlinge und Hungernden verheerend. Statt Schutz und Nahrung zu erhalten, geraten sie noch einmal zwischen die Kriegsfrenten.

- (D) Wenn wir den Menschen langfristig helfen wollen – das heißt hier, das eine tun, ohne das andere zu lassen –, dann brauchen wir jetzt einen Strategiewechsel in der europäischen und internationalen Somalia-Politik. Ich meine, dass man auf Distanz zu der korrupten und unfähigen Übergangsregierung gehen muss. Sie haben gesagt, Herr Kollege Spatz, die AU arbeite mit ihr zusammen. Die AU ist nicht die einzige und letzte Instanz, die für uns einziges Kriterium sein darf.

(Joachim Spatz [FDP]: Nennen Sie eine bessere Alternative!)

Denn die Afrikanische Union hat schon oft versagt, zum Beispiel in Libyen, wo sie bis zuletzt an Gaddafi festgehalten hat.

Die Übergangsregierung hat bisher versagt. Das ist ziemlich klar. Wir müssen daher viel stärker auf den Aufbau lokaler und auch regionaler Strukturen setzen, die es gibt. Dazu gehört auch – das sage ich offen –, einen Dialog zumindest mit den gesprächsbereiten Teilen der al-Schabab zu versuchen, ohne den es keine Versöhnung geben wird. Das sagen alle Fachleute, und das fordern auch die erfahrenen NGOs vor Ort, sofern sie noch dort sind.

Also: Eine Friedenslösung für Somalia ist nicht einfach. Aber ich meine, dass die Bundesregierung – Deutschland hat einen Sitz im Sicherheitsrat – den dahinsiechenden Friedensprozess etwas mutiger voranbringen muss. Denn die Menschen in Somalia brauchen eine Zukunft. Auch da haben wir eine Verantwortung.

Danke.

- (Beifall beim BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN sowie bei Abgeordneten der SPD)

(A) Vizepräsident Dr. h. c. Wolfgang Thierse:

Das Wort hat nun Burkhardt Müller-Sönksen für die FDP-Fraktion.

(Beifall bei der FDP sowie bei Abgeordneten der CDU/CSU)

Burkhardt Müller-Sönksen (FDP):

Herr Präsident! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Die Mission Atalanta ist ein Erfolg; sie ist ein Erfolg für die Bevölkerung von Somalia. In diesem Jahr hat jedes der Schiffe des Welternährungsprogramms, das in die somalischen Häfen geschickt wurde, diese auch erreicht. Das ist der Beweis, Herr van Aken, dass Sie nicht recht haben und dass Atalanta ein Erfolg ist.

Die Mission Atalanta ist auch ein wichtiger Baustein zur Verbesserung der Sicherheit der Handelsschifffahrt am Horn von Afrika. Auch wenn die Zahl der Angriffe weiterhin auf demselben Niveau wie im Vorjahr geblieben ist,

(Jan van Aken [DIE LINKE]: Falsch, Herr Müller-Sönksen! Die ist gestiegen!)

hat sich die Zahl der erfolgreichen Entführungen halbiert.

Um der Piraterie zu begegnen, braucht es eine umfassende Strategie, die weit über den militärischen Bereich hinausreicht. Wir stärken durch eine Vielzahl von Maßnahmen die staatlichen Institutionen vor Ort, in der Region. Ziel ist es, dass sie immer stärker auch selbst gegen die Piraterie vorgehen können.

(B)

Eines sage ich ganz deutlich, weil es in den Debatten von den Linken, wie auch heute wieder von Ihnen, Herr van Aken, immer wieder bestritten wird: Piraterie ist mitnichten ein Ausdruck des Protests der notleidenden somalischen Bevölkerung.

Vizepräsident Dr. h. c. Wolfgang Thierse:

Herr Kollege, gestatten Sie eine Zwischenfrage des Kollegen Ströbele?

Burkhardt Müller-Sönksen (FDP):

Nein. – Piraterie ist eine der schwersten Formen organisierter Kriminalität.

(Jan van Aken [DIE LINKE]: Ich habe von organisierter Kriminalität gesprochen!)

Die Piraten und ihre Hintermänner nehmen Mord, Totschlag und Entführung billigend in Kauf.

In den letzten Monaten wurde häufig über die Möglichkeit diskutiert, Soldaten an Bord deutscher Schiffe zu nehmen. Bei jährlich mehr als 3 000 Schiffen allein unter deutscher Flagge sind solche Vorschläge illusorisch. Um den Schutz der Besatzungen weiter zu erhöhen, ist es notwendig, die Sicherheitsmaßnahmen an Bord laufend zu verbessern. Die Reeder leisten hierbei unter anderem mit der Einrichtung von Schutzräumen einen wichtigen Beitrag.

Ich begrüße es auch sehr, dass auf Initiative des Maritimen Koordinators der Bundesregierung, des Kollegen Hans-Joachim Otto, ergebnisoffen geprüft wird, inwieweit und in welchem Rahmen private Sicherheitskräfte zum Schutze der Besatzungen eingesetzt werden können. In dieser – ich gebe zu: in diesem Hause kontroversen – Frage dürfen wir allerdings nicht die Relation aus den Augen verlieren: Jeder Geldtransport in Deutschland, der die Tageseinnahmen von Supermärkten abholt, wird von bewaffneten privaten Sicherheitskräften begleitet. In diesen Fällen würde – zu Recht – niemand von einer täglichen Unterhöhlung des staatlichen Gewaltmonopols sprechen.

(Beifall bei der FDP sowie bei Abgeordneten der CDU/CSU)

Für uns als FDP ist in der Frage des Einsatzes privater Sicherheitskräfte ein Punkt nicht verhandelbar: Mit uns wird es keine Kriegswaffen in privaten Händen an Bord geben.

Die Mission Atalanta leistet einen wichtigen Beitrag nicht nur für die maritime Sicherheit, sondern dient vor allem auch der Verbesserung der Situation der somalischen Bevölkerung. Damit diese wichtige Arbeit fortgesetzt werden kann, bitte auch ich Sie um Zustimmung zur Verlängerung des Mandats.

(Beifall bei der FDP sowie bei Abgeordneten der CDU/CSU)

Vizepräsident Dr. h. c. Wolfgang Thierse:

Zu einer Kurzintervention erteile ich Kollegen Hans-Christian Ströbele das Wort.

Hans-Christian Ströbele (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN):

Herr Kollege, trotz der Nichtzulassung meiner Frage kommen Sie nicht drum herum, meine Meinung zu hören. Sie können sich dann auch dazu äußern.

Sie haben gesagt, Aufgabe sei die Sicherung der Lieferungen des World Food Programmes, des Welternährungsprogramms. Sie haben hinzugefügt, es sei aber auch Aufgabe der Kriegsschiffe der kriegsführenden Staaten dort, die Handelswege zu sichern.

So etwas Ähnliches habe ich vorhin schon von der Kollegin von der SPD, Frau Evers-Meyer, gehört. Für mich stellt sich deshalb die Frage: Ist es nun tatsächlich nach Auffassung des Deutschen Bundestages – derer, die hier zustimmen –, Aufgabe der Bundeswehr, in Zukunft Handelswege für die deutsche Exportnation zu sichern? Dann sollte man das auch laut so sagen.

Ich erinnere mich daran, dass der frühere Bundespräsident aufgrund einer Interviewäußerung, in der er das ähnlich in den Raum gestellt hat, Veranlassung gesehen hat, sein Amt abzugeben. Deshalb stellt sich doch ernsthaft die Frage – die müssen Sie gegenüber der deutschen Bevölkerung beantworten –: Ist es Aufgabe der Bundeswehr, einer Bundeswehr, die jetzt nicht mehr aus Wehrpflichtigen besteht, in Zukunft die Handelswege für die Exportnation Deutschland zu sichern? Wenn das so ist

Hans-Christian Ströbele

- (A) – und das hört sich hier heute so an –, dann schreiben Sie das auch in den Auftrag hinein, damit die Bevölkerung weiß, wofür sie entweder zur Bundeswehr geht oder wofür sie Steuern für die Bundeswehr zahlt.

Meiner Meinung nach darf das nicht Aufgabe der Bundeswehr sein, zumal wenn – wie auch in diesem Fall an der Küste von Somalia – es Alternativen gibt und der Einsatz der Bundeswehr bzw. der Einsatz der Atalanta-Truppen eben nicht das letzte Mittel, sondern ein Mittel lange vor dem letzten Mittel ist.

(Beifall bei Abgeordneten der LINKEN)

Vizepräsident Dr. h. c. Wolfgang Thierse:

Bitte schön, Herr Kollege.

Burkhardt Müller-Sönksen (FDP):

Herr Kollege Ströbele, vielen Dank. – Ich will es kurz machen. Einmal verweise ich auf das Weißbuch und zum anderen auf Nr. 2 b) des Mandates, des Antrags der Bundesregierung. Ich zitiere:

... b) aufgrund einer Einzelfallbewertung der Erfordernisse Schutz von zivilen Schiffen in den Gebieten, in denen sie im Einsatz ist; ...

Dazu gehören selbstverständlich auch die deutschen Schiffe, von denen ich gerade gesprochen habe.

(Beifall bei der FDP sowie bei Abgeordneten der CDU/CSU)

- (B) **Vizepräsident Dr. h. c. Wolfgang Thierse:**

Als letztem Redner in dieser Debatte erteile ich Kollegen Hartwig Fischer für die CDU/CSU-Fraktion das Wort.

(Beifall bei der CDU/CSU sowie bei Abgeordneten der FDP)

Hartwig Fischer (Göttingen) (CDU/CSU):

Herr Präsident! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Herr Kollege Ströbele, vielleicht schauen Sie auch einfach einmal auf die Homepage des Bundesverteidigungsministeriums. Der können Sie entnehmen:

Auftrag der Mission

Neben dem Schutz der Handelsschifffahrt im Golf von Aden und entlang der somalischen Küste bestehen deren weitere Aufgaben im Schutz der Schiffe des Welternährungsprogramms für Hilfslieferungen nach Somalia.

Das ist also keine geheime Kommandosache oder Ähnliches.

(Beifall bei Abgeordneten der CDU/CSU)

Ich empfehle sowieso vielen Mitgliedern dieses Hauses, insbesondere auf der linken Seite, doch einmal nur die Stichworte „Somalia“, „Versorgung“, „Einwohner“, „Sterblichkeitsrate“ in eine Suchmaschine im Internet einzugeben. Dazu können die Menschen alles bei Google finden und nachlesen. Diejenigen, die sich mit

- dieser Frage befassen, sollten das zumindest gelesen haben. (C)

Es gibt dort 9,9 Millionen Einwohner, von denen 4 Millionen nicht versorgt werden können, von denen 4 Millionen von Hunger bedroht und von medizinischer Versorgung ausgeschlossen sind und deren Lebenserwartung unter 50 Jahre liegt. 44 Prozent der Bevölkerung ist unter 14 Jahre alt.

Wer sich die Leistungen von „Ärzte ohne Grenzen“, der SOS-Kinderdörfer oder CARE anguckt, die trotzdem in diesem Gebiet arbeiten, muss größte Hochachtung vor den NGOs, den Entwicklungshelfern und denen haben, die sich dort für die Menschen einsetzen.

(Beifall bei der CDU/CSU und der FDP)

Wir haben hier gemeinsam ein Mandat beschlossen, um wenigstens die Grundversorgung in einem geringen Umfang sicherstellen zu können.

Wir sind nicht in dem Land. Herr van Aken, Sie sagen die Unwahrheit – Sie sagen bewusst die Unwahrheit –, wenn Sie ausführen, dass wir uns ausschließlich militärisch engagieren. Wir sind es, die für Somalia Polizisten ausbilden, weil es grundsätzlich notwendig ist, dass ein Staat auch für Sicherheit und Ordnung sorgt, zum Beispiel die TFG, die derzeitige Übergangsregierung.

Wir können nicht akzeptieren – das ist vollkommen klar –, dass diese Regierung jetzt aufgrund des Einmarsches von Kenia wichtige Einrichtungen geschlossen hat, gerade die SOS-Kinder- und Frauenklinik in dem Flüchtlingslager Badbado. 5 000 Flüchtlinge sind dort unversorgt. Da finden auch auf diplomatischer Ebene Gespräche statt. Es ist unverantwortlich, solche Dinge auf dem offenen Markt auszutragen. (D)

Wenn Sie sich die Informationen des Außenministeriums ansehen, erkennen Sie: Es geht darüber hinaus. Unser Max-Planck-Institut ist dabei, den Entwurf für eine Verfassung mit den Menschen im Land zu erarbeiten. Wir sind es, die Teile von AMISOM unterstützt haben. Das heißt, wir arbeiten mit an den begleitenden Maßnahmen, um wieder zu Rechtsstaatlichkeit zu kommen.

Jetzt erfahren wir: 500 000 Flüchtlinge aus Somalia sind nach Dadaab gegangen, und seit dem 15. November ist dort Cholera ausgebrochen. Wir wissen nichts über die Situation in den Flüchtlingslagern in Somalia, weil die Rebellen dort, wo sie noch die Macht haben, keinen Zugang gewähren. Dort findet das Sterben unter Ausschluss der Öffentlichkeit statt. Wir kennen aber Zahlen, die besagen, dass dort in etwa jedes fünfte Kind das dritte Lebensjahr nicht erreicht, weil es unter Hunger, unter einem Mangel an sauberem Wasser und Ähnlichem zu leiden hat. Deshalb ist es notwendig, nicht nur Atalanta, sondern auch die begleitenden Maßnahmen zu stärken. Deshalb ist es richtig, dass in diesem Zusammenhang das Entwicklungsministerium sagt: Wir versuchen punktuell, fragilen Staaten entsprechend zu helfen. Das geschieht ja bei Somaliland. Dort hat man eine funktionierende Übergangsregierung, die Menschen aus Somalia können sich orientieren und erkennen, dass

Hartwig Fischer (Göttingen)

- (A) man, wenn man mit den Rebellen nicht zusammenarbeitet, eine Perspektive hat.

Herr van Aken, die Art und Weise, wie Sie hier auftreten, ist für mich militante Menschenverachtung

(Beifall bei der CDU/CSU und der FDP – Karin Binder [DIE LINKE]: Militant sind doch wohl Sie!)

und keine Rücksichtnahme auf diejenigen, die keine Chance haben, sich selbst zu helfen, sondern die auf die Weltgemeinschaft angewiesen sind, damit sie im Kampf ums Überleben unterstützt werden. Ich bitte die große Mehrheit dieses Hauses, diesem Antrag zuzustimmen.

Ich habe eine weitere Bitte an die Grünen. Die Grünen haben ja einen Entschließungsantrag vorgelegt. Ich möchte Sie bitten, mit den anderen Fraktionen zu reden, bevor Sie einen solchen Entschließungsantrag vorlegen. Ich sehe in diesem Entschließungsantrag sehr viele gute Ansätze; ich könnte sie Punkt für Punkt zitieren. Ich glaube, gerade die Stabilisierung Somalias ist ein Thema, an dem wir gemeinsam arbeiten können, weil es viele Gemeinsamkeiten gibt. Die wenigen trennenden Punkte sollten beiseitegeschoben werden.

(Beifall bei der CDU/CSU und der FDP – Jürgen Trittin [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]: Darauf kommen wir zurück!)

Vizepräsident Dr. h. c. Wolfgang Thierse:

- (B) Zu einer Kurzintervention erteile ich Kollegen Gehrcke das Wort.

Wolfgang Gehrcke (DIE LINKE):

Schönen Dank, Herr Präsident. – Ich weiß, Sie wollen abstimmen; es ist ja auch das Recht und die Verpflichtung des Parlaments, abzustimmen.

Ich möchte nicht stehen lassen, dass meinem Kollegen van Aken „militante Menschenverachtung“ vorgehalten wird.

(Beifall bei der LINKEN)

Ich bitte Sie: Überlegen Sie sich einmal, was Sie hier ausführen. Sie können die Güte, die Korrektheit unserer Konzepte bezweifeln. Sie können zur Kenntnis nehmen, dass wir selber darüber nachdenken, was möglich und was nicht möglich ist; dass wir skeptisch sind, ob es wirklich so ist, dass nicht Militär, sondern zivile Hilfe und die politische Auseinandersetzung und Dialog die Probleme lösen. Aber eines können Sie nicht machen: Sie können uns nicht vorhalten, dass irgendjemand bei uns menschenverachtend ist.

(Beifall bei Abgeordneten der LINKEN)

Menschenverachtend sind immer Krieg und Kriegeinsätze; das ist die Wahrheit. Wenn wir uns in der Auseinandersetzung über die beste Lösung quälen, sollten Sie uns dabei unterstützen und uns nicht solche Vorhaltungen machen.

(Beifall bei der LINKEN)

Vizepräsident Dr. h. c. Wolfgang Thierse:

Kollege Fischer, bitte.

(C)

Hartwig Fischer (Göttingen) (CDU/CSU):

Herr Kollege Gehrcke, was mich bestürzt, ist, dass es angesichts der Bilder von sterbenden Kindern in den Flüchtlingslagern, die wir sehen, möglich ist, auszublen-den, was notwendig ist, um Hilfstransporte durchzusetzen – und das bezeichne ich so, wie ich es vorhin getan habe.

(Beifall bei der CDU/CSU und der FDP sowie bei Abgeordneten des BÜNDNISSES 90/DIE GRÜNEN)

Vizepräsident Dr. h. c. Wolfgang Thierse:

Ich schließe die Aussprache.

Wir kommen zur Abstimmung über die Beschlussempfehlung des Auswärtigen Ausschusses zu dem Antrag der Bundesregierung zur Fortsetzung der Beteiligung bewaffneter deutscher Streitkräfte an der EU-geführten Operation Atalanta zur Bekämpfung der Piraterie vor der Küste Somalias.

Der Ausschuss empfiehlt in seiner Beschlussempfehlung auf Drucksache 17/7996, den Antrag der Bundesregierung auf Drucksache 17/7742 anzunehmen. Wir stimmen nun über die Beschlussempfehlung namentlich ab. Ich bitte die Schriftführerinnen und Schriftführer, die vorgesehenen Plätze einzunehmen. – Das ist offensichtlich erfolgt. Dann eröffne ich die Abstimmung.

Die obligatorische Frage: Haben alle anwesenden Mitglieder des Hauses ihre Stimme abgegeben? – Das ist offensichtlich der Fall. Dann schließe ich die Abstimmung und bitte die Schriftführerinnen und Schriftführer, mit der Auszählung zu beginnen. Das Ergebnis wird Ihnen später bekannt gegeben.¹⁾

(D)

Liebe Kolleginnen und Kollegen, ich bitte Sie, Platz zu nehmen; denn wir kommen nun zur Abstimmung über den Entschließungsantrag der Fraktion Bündnis 90/ Die Grünen auf Drucksache 17/8014. Wer stimmt für diesen Entschließungsantrag? – Wer stimmt dagegen? – Enthaltungen? – Der Entschließungsantrag ist mit den Stimmen der beiden Koalitionsfraktionen und der Linken gegen die Stimmen der Grünen bei Enthaltung der SPD abgelehnt.

¹⁾ Ergebnis Seite 17407 C

(A)

(C)

(B)

(D)

Endgültiges Ergebnis
 Abgegebene Stimmen: 547;
 davon
 ja: 472
 nein: 63
 enthalten: 12

Ja**CDU/CSU**

Ilse Aigner
 Peter Altmaier
 Peter Aumer
 Thomas Bareiß
 Norbert Barthle
 Günter Baumann
 Ernst-Reinhard Beck
 (Reutlingen)
 Manfred Behrens (Börde)
 Veronika Bellmann
 Dr. Christoph Bergner
 Peter Beyer
 Steffen Bilger
 Clemens Binninger
 Peter Bleser
 Wolfgang Börnsen
 (Bönstrup)

Wolfgang Bosbach
 Norbert Brackmann
 Klaus Brähmig
 Michael Brand
 Dr. Reinhard Brandl
 Helmut Brandt
 Dr. Ralf Brauksiepe
 Dr. Helge Braun
 Heike Brehmer
 Ralph Brinkhaus
 Cajus Caesar
 Gitta Connemann
 Thomas Dörflinger
 Marie-Luise Dött
 Dr. Thomas Feist
 Enak Ferlemann
 Ingrid Fischbach
 Hartwig Fischer (Göttingen)
 Axel E. Fischer (Karlsruhe-
 Land)
 Dr. Maria Flachsbarth
 Klaus-Peter Flosbach
 Herbert Frankenhauser
 Michael Frieser
 Erich G. Fritz
 Hans-Joachim Fuchtel
 Ingo Gädechens
 Dr. Thomas Gebhart
 Norbert Geis

Alois Gerig
 Eberhard Gienger
 Michael Glos
 Josef Göppel
 Peter Götz
 Dr. Wolfgang Götzer
 Ute Granold
 Reinhard Grindel
 Michael Grosse-Brömer
 Markus Grübel
 Manfred Grund
 Monika Grütters
 Olav Gutting
 Florian Hahn
 Dr. Stephan Harbarth
 Jürgen Hardt
 Gerda Hasselfeldt
 Dr. Matthias Heider
 Helmut Heiderich
 Mechthild Heil
 Ursula Heinen-Esser
 Frank Heinrich
 Rudolf Henke
 Michael Hennrich
 Jürgen Herrmann
 Ansgar Heveling
 Ernst Hinsken
 Peter Hintze
 Christian Hirte

Robert Hochbaum
 Karl Holmeier
 Franz-Josef Holzenkamp
 Joachim Hörster
 Anette Hübinger
 Thomas Jarzombek
 Dieter Jasper
 Dr. Franz Josef Jung
 Andreas Jung (Konstanz)
 Dr. Egon Jüttner
 Bartholomäus Kalb
 Hans-Werner Kammer
 Alois Karl
 Bernhard Kaster
 Siegfried Kauder (Villingen-
 Schwenningen)
 Volker Kauder
 Dr. Stefan Kaufmann
 Roderich Kiesewetter
 Eckart von Klaeden
 Ewa Klamt
 Volkmar Klein
 Jürgen Klimke
 Axel Knoerig
 Jens Koeppen
 Manfred Kolbe
 Hartmut Koschyk
 Michael Kretschmer
 Gunther Krichbaum

Vizepräsident Dr. h. c. Wolfgang Thierse

- | | | | | | |
|-----|--|--|---|---|-----|
| (A) | Dr. Günter Krings
Rüdiger Kruse
Bettina Kudla
Dr. Hermann Kues
Günter Lach
Dr. Karl A. Lamers
(Heidelberg)
Andreas G. Lämmel
Dr. Norbert Lammert
Katharina Landgraf
Ulrich Lange
Dr. Max Lehmer
Paul Lehrieder
Dr. Ursula von der Leyen
Ingbert Liebing
Matthias Lietz
Dr. Carsten Linnemann
Patricia Lips
Dr. Jan-Marco Luczak
Daniela Ludwig
Dr. Michael Luther
Karin Maag
Dr. Thomas de Maizière
Hans-Georg von der Marwitz
Andreas Mattfeldt
Stephan Mayer (Altötting)
Dr. Michael Meister
Maria Michalk
Dr. h. c. Hans Michelbach
Dr. Mathias Middelberg
Philipp Mißfelder
Dietrich Monstadt
Marlene Mortler
Dr. Gerd Müller | Georg Schirmbeck
Christian Schmidt (Fürth)
Patrick Schnieder
Dr. Andreas Schockenhoff
Nadine Schön (St. Wendel)
Dr. Kristina Schröder
Dr. Ole Schröder
Bernhard Schulte-Drüggelte
Uwe Schummer
Armin Schuster (Weil am Rhein)
Johannes Selle
Reinhold Sendker
Dr. Patrick Sensburg
Bernd Siebert
Thomas Silberhorn
Johannes Singhammer
Jens Spahn
Carola Stauche
Dr. Frank Steffel
Erika Steinbach
Christian Freiherr von Stetten
Dieter Stier
Gero Storzjohann
Stephan Stracke
Max Straubinger
Karin Strenz
Thomas Strobl (Heilbronn)
Lena Strothmann
Michael Stübgen
Dr. Peter Tauber
Antje Tillmann
Dr. Hans-Peter Uhl
Arnold Vaatz
Volkmar Vogel (Kleinsaara)
Stefanie Vogelsang
Andrea Astrid Voßhoff
Dr. Johann Wadephul
Marco Wanderwitz
Kai Wegner
Marcus Weinberg (Hamburg)
Peter Weiß (Emmendingen)
Sabine Weiss (Wesel I)
Ingo Wellenreuther
Karl-Georg Wellmann
Peter Wichtel
Annette Widmann-Mauz
Klaus-Peter Willsch
Elisabeth Winkelmeier-Becker
Dr. Matthias Zimmer
Wolfgang Zöllner
Willi Zylajew | Edelgard Bulmahn
Marco Bülow
Petra Crone
Dr. Peter Danckert
Martin Dörmann
Elvira Drobinski-Weiß
Garrelt Duin
Ingo Egloff
Siegmund Ehrmann
Dr. h. c. Gernot Erler
Petra Ernstberger
Karin Evers-Meyer
Elke Ferner
Gabriele Fograscher
Dr. Edgar Franke
Dagmar Freitag
Michael Gerdes
Martin Gerster
Iris Gleicke
Günter Gloser
Ulrike Gottschalck
Angelika Graf (Rosenheim)
Kerstin Griese
Michael Groschek
Michael Groß
Wolfgang Gunkel
Hans-Joachim Hacker
Bettina Hagedorn
Klaus Hagemann
Michael Hartmann
(Wackernheim)
Hubertus Heil (Peine)
Rolf Hempelmann
Gustav Herzog
Gabriele Hiller-Ohm
Frank Hofmann (Volkach)
Dr. Eva Högl
Christel Humme
Josip Juratovic
Oliver Kaczmarek
Johannes Kahrs
Ulrich Kelber
Lars Klingbeil
Hans-Ulrich Klose
Dr. Bärbel Kofler
Daniela Kolbe (Leipzig)
Fritz Rudolf Körper
Anette Kramme
Nicolette Kressl
Angelika Krüger-Leißner
Ute Kumpf
Christine Lambrecht
Christian Lange (Backnang)
Dr. Karl Lauterbach
Steffen-Claudio Lemme
Burkhard Lischka
Kirsten Lühmann
Caren Marks
Katja Mast
Hilde Mattheis
Petra Merkel (Berlin)
Ulrich Meßmer
Dr. Matthias Miersch
Franz Müntefering
Dr. Rolf Mützenich
Manfred Nink
Thomas Oppermann
Aydan Özoğuz | Heinz Paula
Johannes Pflug
Dr. Wilhelm Priesmeier
Florian Pronold
Dr. Sascha Raabe
Mechthild Rawert
Stefan Rebmann
Gerold Reichenbach
Dr. Carola Reimann
Sönke Rix
René Röspel
Dr. Ernst Dieter Rossmann
Karin Roth (Esslingen)
Michael Roth (Heringen)
Marlene Rupprecht
(Tuchenbach)
Anton Schaaf
Axel Schäfer (Bochum)
Marianne Schieder
(Schwandorf)
Werner Schieder (Weiden)
Ulla Schmidt (Aachen)
Silvia Schmidt (Eisleben)
Carsten Schneider (Erfurt)
Ottmar Schreiner
Swen Schulz (Spandau)
Ewald Schurer
Frank Schwabe
Rolf Schwanitz
Stefan Schwartzke
Rita Schwarzelühr-Sutter
Sonja Steffen
Dr. Frank-Walter Steinmeier
Christoph Strässer
Kerstin Tack
Dr. h. c. Wolfgang Thierse
Franz Thönnies
Wolfgang Tiefensee
Rüdiger Veit
Ute Vogt
Dr. Marlies Volkmer
Andrea Wicklein
Heidemarie Wieczorek-Zeul
Dr. Dieter Wiefelspütz
Uta Zapf
Dagmar Ziegler
Manfred Zöllmer
Brigitte Zypries | (C) |
| (B) | Stefan Müller (Erlangen)
Dr. Philipp Murmann
Bernd Neumann (Bremen)
Michaela Noll
Dr. Georg Nüßlein
Franz Obermeier
Eduard Oswald
Henning Otte
Dr. Michael Paul
Rita Pawelski
Ulrich Petzold
Dr. Joachim Pfeiffer
Sibylle Pfeiffer
Beatrix Philipp
Ronald Pofalla
Christoph Poland
Eckhard Pols
Thomas Rachel
Dr. Peter Ramsauer
Eckhardt Rehberg
Lothar Riebsamen
Josef Rief
Klaus Riegert
Dr. Heinz Riesenhuber
Johannes Röring
Dr. Norbert Röttgen
Dr. Christian Ruck
Erwin Rüdell
Albert Rupprecht (Weiden)
Anita Schäfer (Saalstadt)
Dr. Andreas Scheuer
Karl Schiewerling
Norbert Schindler
Tankred Schipanski | SPD
Ingrid Arndt-Brauer
Rainer Arnold
Heinz-Joachim Barchmann
Doris Barnett
Dr. Hans-Peter Bartels
Klaus Barthel
Sören Bartol
Bärbel Bas
Dirk Becker
Gerd Bollmann
Klaus Brandner
Bernhard Brinkmann
(Hildesheim) | Angelika Krüger-Leißner
Ute Kumpf
Christine Lambrecht
Christian Lange (Backnang)
Dr. Karl Lauterbach
Steffen-Claudio Lemme
Burkhard Lischka
Kirsten Lühmann
Caren Marks
Katja Mast
Hilde Mattheis
Petra Merkel (Berlin)
Ulrich Meßmer
Dr. Matthias Miersch
Franz Müntefering
Dr. Rolf Mützenich
Manfred Nink
Thomas Oppermann
Aydan Özoğuz | Dr. h. c. Wolfgang Thierse
Franz Thönnies
Wolfgang Tiefensee
Rüdiger Veit
Ute Vogt
Dr. Marlies Volkmer
Andrea Wicklein
Heidemarie Wieczorek-Zeul
Dr. Dieter Wiefelspütz
Uta Zapf
Dagmar Ziegler
Manfred Zöllmer
Brigitte Zypries | (D) |
| | | | FDP
Jens Ackermann
Christian Ahrendt
Christine Aschenberg-Dugnus
Daniel Bahr (Münster)
Florian Bernschneider
Sebastian Blumenthal
Claudia Bögel
Nicole Bracht-Bendt
Klaus Breil
Rainer Brüderle
Angelika Brunkhorst
Ernst Burgbacher
Marco Buschmann
Sylvia Canel
Helga Daub
Reiner Deutschmann
Dr. Bijan Djir-Sarai | | |

Vizepräsident Dr. h. c. Wolfgang Thierse

- | | | | | |
|-----|---|--|---|-----|
| (A) | Patrick Döring
Rainer Erdel
Jörg van Essen
Ulrike Flach
Otto Fricke
Dr. Edmund Peter Geisen
Heinz Golombeck
Miriam Gruß
Joachim Günther (Plauen)
Dr. Christel Happach-Kasan
Heinz-Peter Haustein
Manuel Höferlin
Birgit Homburger
Dr. Werner Hoyer
Heiner Kamp
Michael Kauch
Dr. Lutz Knopek
Pascal Kober
Dr. Heinrich L. Kolb
Gudrun Kopp
Dr. h. c. Jürgen Koppelin
Sebastian Körber
Holger Krestel
Patrick Kurth (Kyffhäuser)
Heinz Lanfermann
Sibylle Laurischk
Harald Leibrecht
Sabine Leutheusser-
Schnarrenberger
Lars Lindemann
Dr. Martin Lindner (Berlin)
Dr. Erwin Lotter
Oliver Luksic
Horst Meierhofer | Marina Schuster
Dr. Erik Schweickert
Werner Simmling
Judith Skudelny
Dr. Hermann Otto Solms
Joachim Spatz
Dr. Max Stadler
Torsten Staffeldt
Dr. Rainer Stinner
Stephan Thomae
Florian Toncar
Serkan Tören
Johannes Vogel
(Lüdenscheid)
Dr. Daniel Volk
Dr. Claudia Winterstein
Dr. Volker Wissing
Hartfrid Wolff (Rems-Murr) | Tabea Rößner
Krista Sager
Manuel Sarrazin
Elisabeth Scharfenberg
Dr. Gerhard Schick
Dr. Frithjof Schmidt
Dorothea Steiner
Dr. Harald Terpe
Markus Tressel
Jürgen Trittin
Daniela Wagner
Wolfgang Wieland
Dr. Valerie Wilms
Josef Philip Winkler | (C) |
| | BÜNDNIS 90/
DIE GRÜNEN
Marieluise Beck (Bremen)
Volker Beck (Köln)
Cornelia Behm
Viola von Cramon-Taubadel
Ekin Deligöz
Harald Ebner
Hans-Josef Fell
Dr. Thomas Gambke
Kai Gehring
Katrin Göring-Eckardt
Britta Haßelmann
Priska Hinz (Herborn)
Bärbel Höhn
Ingrid Hönlinger
Katja Keul
Ute Koczy
Tom Koenigs
Oliver Krischer
Fritz Kuhn
Stephan Kühn
Renate Künast
Markus Kurth
Dr. Tobias Lindner
Nicole Maisch
Jerzy Montag
Kerstin Müller (Köln)
Ingrid Nestle
Dr. Konstantin von Notz
Omid Nouripour
Friedrich Ostendorff
Dr. Hermann Ott
Brigitte Pothmer | Nein
DIE LINKE
Jan van Aken
Agnes Alpers
Dr. Dietmar Bartsch
Herbert Behrens
Karin Binder
Matthias W. Birkwald
Christine Buchholz
Eva Bulling-Schröter
Dr. Martina Bunge
Roland Claus
Dr. Diether Dehm
Werner Dreibus
Klaus Ernst
Wolfgang Gehrcke
Nicole Gohlke
Diana Golze
Annette Groth
Dr. Gregor Gysi
Heike Hänsel
Dr. Rosemarie Hein
Dr. Barbara Höll
Andrej Hunko
Ulla Jelpke
Dr. Lukrezia Jochimsen
Harald Koch
Katrin Kunert
Caren Lay
Sabine Leidig
Ralph Lenkert
Michael Leutert
Stefan Liebich
Ulla Lötzer
Dr. Gesine Löttsch
Thomas Lutze
Ulrich Maurer | Dorothee Menzner
Cornelia Möhring
Wolfgang Nešković
Thomas Nord
Petra Pau
Richard Pitterle
Yvonne Ploetz
Paul Schäfer (Köln)
Dr. Ilja Seifert
Raju Sharma
Dr. Petra Sitte
Kersten Steinke
Sabine Stüber
Alexander Süßmair
Dr. Kirsten Tackmann
Frank Tempel
Dr. Axel Troost
Alexander Ulrich
Kathrin Vogler
Johanna Voß
Halina Wawzyniak
Harald Weinberg
Katrin Werner
Jörn Wunderlich | |
| | | | BÜNDNIS 90/
DIE GRÜNEN
Bettina Herlitzius
Monika Lazar
Lisa Paus
Hans-Christian Ströbele | |
| (B) | Patrick Meinhardt
Gabriele Molitor
Jan Mücke
Petra Müller (Aachen)
Burkhardt Müller-Sönksen
Dr. Martin Neumann
(Lausitz)
Hans-Joachim Otto
(Frankfurt)
Cornelia Pieper
Gisela Piltz
Dr. Christiane Ratjen-
Damerau
Dr. Birgit Reinemund
Dr. Peter Röhlinger
Dr. Stefan Ruppert
Björn Sänger
Christoph Schnurr
Jimmy Schulz | | | (D) |
| | | | Enthalten
SPD
Petra Hinz (Essen)
BÜNDNIS 90/
DIE GRÜNEN
Katja Dörner
Dr. Anton Hofreiter
Uwe Kekeritz
Memet Kilic
Sven-Christian Kindler
Maria Klein-Schmeink
Sylvia Kotting-Uhl
Agnes Krumwiede
Agnes Malczak
Beate Müller-Gemmeke
Dr. Wolfgang Strengmann-
Kuhn | |